


KARIN EVERS-MEYER

FRIESLAND. WITTMUND. WILHELMSHAVEN.


September 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,
 liebe Leserinnen und Leser,
 liebe Freunde,

nun ist er also auf den Weg gebracht, der erweiterte Euro-Rettungsschirm. Mit einer knappen Mehrheit der Koalitionsfraktionen. Und mit der nahezu kompletten Zustimmung der SPD. Wir haben früh signalisiert, dass wir die Bundesregierung bei der Stabilisierung des Euro-Raums unterstützen werden. Das haben wir getan.

Allerdings verknüpfen wir diese Unterstützung mit Forderungen: Angela Merkel muss auf europäischer Ebene endlich für eine dauerhafte Lösung der Euro-Krise kämpfen. Dazu gehört eine verbindliche Schul-

denbremse für alle Staaten, aber eben auch gleiche Wettbewerbsbedingungen. Wie unsere Forderungen im Einzelnen aussehen, habe ich in diesem Bericht aus Berlin zusammengestellt.

Die Debatte über die Euro-Rettung hat viele andere wichtige Reformbaustellen in den Hintergrund gedrängt. Dazu gehört die Bundeswehrreform. Verteidigungsminister de Maizière hat im September die Eckdaten unserer künftigen Armee genannt. Die Bundeswehr wird auf maximal 185.000 Mann schrumpfen. Hinzu sollen 55.000 Zivilbeschäftigte kommen. Vor allem die letzte Zahl halten wir für falsch. Wir befürchten, dass mit dieser geringen Zahl an zivilen Mitarbeitern keine vernünftige Dienstleistung für

unsere Bundeswehr mehr möglich ist. Bisher hat sich der Minister in dieser Frage kompromisslos gezeigt. Wir werden weiter für eine angemessene personelle Ausstattung der Bundeswehr werben.

Die spannende Frage nach den künftigen Bundeswehr-Standorten bleibt weiter offen. Erst am 26.10.2011 werden wir Klarheit haben. Bis dahin gilt es, die Vorteile der Bundeswehr-Standorte in unserer Region herauszustellen. Wenn die Standortentscheidung nach objektiven Kriterien erfolgt, sollten wir gute Karten haben.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihre

Inhalt

| | |
|--|---------|
| Verantwortung für Europa: Krise dauerhaft lösen | Seite 2 |
| Neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff einführen | Seite 3 |
| Bundesagentur vergibt Chance für Küsten-Arbeitsagentur | Seite 4 |
| Halbherzige Regelung für Jugendwerkstätten | Seite 4 |

Verantwortung für Europa: Krise dauerhaft lösen

Die derzeitige Krise bedroht Europa nicht nur als Wirtschaftsstandort, sondern auch als Wertegemeinschaft und funktionsfähige Demokratie. Als größtes Land der EU und mit der stärksten Wirtschaftskraft ausgestattet, trägt Deutschland eine besondere Verantwortung für die Zukunft des vereinten Europa.

Schnelles und flexibles Reagieren auf die kritische Situation in einigen Mitgliedstaaten ist notwendig, um die gesamte Eurozone zu stabilisieren. Griechenland ist eine kleine Volkswirtschaft im Euro-Raum. Aber wenn es pleite geht, dann besteht die große Gefahr, dass schnell auch weitere Länder wie Portugal, Italien oder Spanien fallen. Viele große Banken, darunter auch deutsche, haben in griechische Staatsanleihen investiert. Wenn diese Anlagen bei einer Pleite vollständig verloren gehen, sind die wirtschaftlichen Folgen auch für Deutschland kaum abzusehen.

Künftig kann die „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“ (EFSF) unter strengen Auflagen und Konditionen einem Euro-Mitgliedstaat auch vorbeugende

Kredite bereitstellen, Darlehen für ihre Banken gewähren sowie bei Gefahren für die Finanzstabilität im Euroraum Anleihen eines Euro-Mitgliedslandes kaufen. Deutschland erhöht seinen Gewährleistungs-Anteil am EFSF

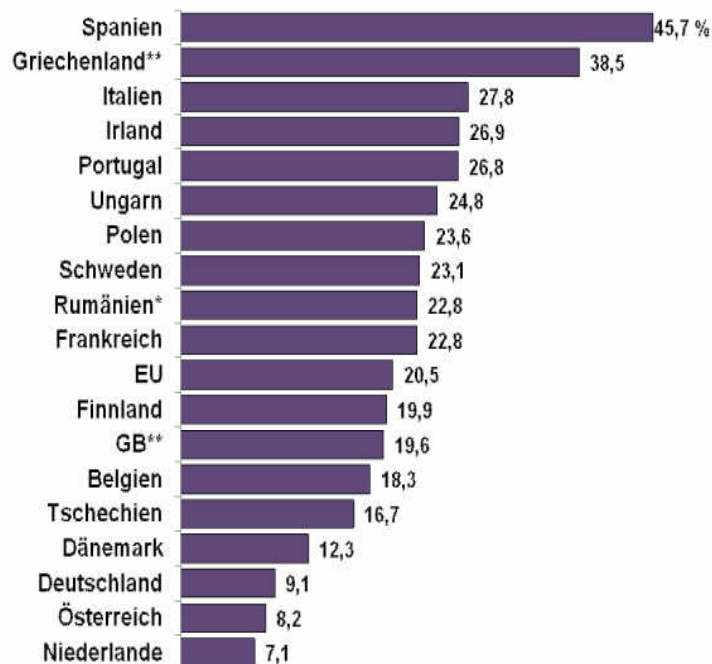
von 123 Mrd. Euro auf nunmehr knapp 211 Mrd. Euro.

Diese Schritte sind notwendig. Sie reichen jedoch nicht aus, um Europa dauerhaft aus der Krise zu führen. Dafür müssen diese

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Jugend ohne Hoffnung in Europa

Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen in der EU im Juni 2011 in %



Quelle: Eurostat, Stat. Bundesamt

*Stand März 2011; ** Stand April 2011

Die Krise in Europa wird begleitet von Jugendprotesten in Griechenland, Spanien und Portugal. Hunderttausende wenden sich gegen Perspektivlosigkeit. Spanien ist das Land mit der höchsten Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union. Fast jeder zweite Spanier im Alter von 15 bis 24 Jahren (45,7 Prozent) war im Juni 2011 ohne Arbeit. Auch in Italien, Portugal und Irland ist mehr als jeder vierte Jugendliche betroffen. In Griechenland sind die Aussichten für Jugendliche ebenfalls schlecht. Im Frühjahr 2011 lag dort die Erwerbslosenquote der 15- bis 24-Jährigen bei 38,5 Prozent. Ein Wirtschaftseinbruch von -7% im ersten Halbjahr 2011 verschärft diese Lage. Eine Abwärtsspirale aus Rezession und neuer Verschuldung führt Europa in die Hoffnungslosigkeit. Schwarz-Gelb leugnet diese Gefahr. Wir fordern eine gerechte Konsolidierung der öffentlichen Kassen, zu der Wohlhabende über höhere Steuern beitragen, ein Ende von Klientelpolitik, Steuerflucht und Steuerbetrug. Wir wollen ein Modernisierungs- und Wachstumsprogramm für Zukunftsbranchen – finanziert aus einer Finanztransaktionssteuer.

© Planungsgruppe

fünf Punkte umgesetzt werden:

1) Jeder Mitgliedsstaat des Euro-Währungsgebietes muss seine Schuldenregelung einführen, die gewährleistet, dass die Neuverschuldung konsequent begrenzt wird. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist zu verbessern und für die Mitglieder des Euro-Währungsgebiets zu verstärken.

2) Sparen allein reicht nicht aus. Wir fordern einen „Wachstumspakt Europa“. Wir wollen besonders für Staaten, bei denen sich wegen einer Rezession weitere Refinanzierungsschwierigkeiten abzeichnen oder die von makroökonomischen Ungleichgewichten negativ betroffen sind, zusätzliche, gezielte Wachstumsimpulse durch Förderung von Zukunftsinvestitionen aus Mitteln der Gemeinschaft, die die eigenen Investitionsanstrengungen ergänzen. Dazu brauchen wir eine einfachere Vergabe der bestehenden Mittel für europäische Strukturhilfe. Das Geld aus einer Finanztransaktionssteuer kann bei der Investitionsfinanzierung helfen.

3) Zu einer abgestimmten Wirtschaftspolitik gehören europäische Mindeststandards: Flächendeckende Mindestlöhne orientiert am durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen im jeweiligen

Mitgliedstaat sowie eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung mit einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer und Mindeststeuersätzen auf Kapitalerträge und Gewinne.

4) Die Gläubiger sind grundsätzlich an der Sanierung zu beteiligen, wenn die Gesamtverschuldung eines Staates so hoch ist, dass er sie dauerhaft nicht mehr aus eigener Kraft bedienen kann. In Europa muss der Grundsatz gelten: Risiko und Haftung gehören zusammen.

5) Wir wollen die Finanzmärkte in ihre Schranken verweisen. Erforderlich ist ein Verbot schädlicher Finanzmarktgeschäfte mit Derivaten und Leerverkäufen sowie des spekulativen Handels mit Kreditausfallversicherungen. Die Aufsichtsbehörden brauchen darüber hinaus weitgehende Kompetenzen, um bei einer Gefährdung der Finanzmarktstabilität weitere risikobehaftete Geschäfte aussetzen zu können. Kreditausfallversicherungen darf nur derjenige besitzen, der auch Eigentümer der entsprechenden Forderung ist. Wir brauchen außerdem eine strenge Regulierung des hochfrequenten Computerhandels. Es ist zudem zu prüfen, ob durch die regulatori-

sche Trennung von Investment- und Privatkundengeschäft für europäische Kreditinstitute die Finanzmarktstabilität gestärkt werden kann. Nicht zuletzt müssen Rating-Agenturen streng beaufsichtigt werden.

Neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff einführen

Der geltende Begriff der Pflegebedürftigkeit im Sozialgesetzbuch ist zu eng und einseitig. SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt hat daher 2006 einen Beirat zur Überprüfung des Begriffs einberufen. Dessen Ergebnisse und Umsetzungsempfehlungen liegen seit Mitte 2009 vor. Es geht vor allem um die Selbständigkeit pflegebedürftiger Menschen. Personen mit kognitiven und psychischen Beeinträchtigungen sollen aus Sicht des Beirats besser berücksichtigt werden. CDU, CSU und FDP haben sich in ihrem Koalitionsvertrag zu einer neuen, differenzierteren Definition der Pflegebedürftigkeit bekannt. Sie haben angekündigt, die Vorschläge des Beirats bei der Reform der Pflegeversicherung zu berücksichtigen.

Wir fordern die Regierung auf, den Bundestag darüber zu infor-

mieren, zu welchen Ergebnissen sie dabei gekommen ist. Aus unserer Sicht soll ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff eine ganzheitliche Sicht auf den pflegebedürftigen Menschen mit seinem Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe ermöglichen. Notwendige Veränderungen in der Pflege sind einzuleiten. Die Kosten der Pflege müssen durch solidarische Beiträge weiterhin gesellschaftliche Aufgabe bleiben. Die Regierung soll einen Reformentwurf, der jetzigen Pflegebedürftigen Bestandsschutz garantiert. Unterschiedliche Versorgungssysteme müssen durchlässiger werden und besser zusammenspielen. Überschneidungen mit der Kranken-, Pflege-, Hilfe- und Versorgungsplanung brauchen klare Regelungen. Außerdem sind Pflegeberatung und zivilgesellschaftliche Arrangements zu stärken.

Bundesagentur für Arbeit vergibt Chance für Küsten-Arbeitsagentur

Die Bundesagentur für Arbeit hatte die Chance, mit der Küstenagentur einen wegweisenden Schritt zu gehen. Diese Chance hat sie vertan. Der Agentur-Verwaltungsrat in Nürnberg hat

mitte September entschieden, den Bezirk Wilhelmshaven der Arbeitsagentur aufzulösen und in Oldenburg eine Regionalagentur zu gründen.

Mit der Küstenagentur für Wilhelmshaven, Friesland, Wittmund und die Wesermarsch hätten wir eine Arbeitsagentur bekommen, die sich besonders gut mit den Anforderungen der maritimen Wirtschaft auskennt. Das wäre gerade mit Blick auf den JadeWeserPort bestimmt richtig gewesen. Es ist schade, dass die Zentrale in Nürnberg dieses Modell nicht unterstützen will. Nun ist es wichtig, für Wilhelmshaven eine möglichst starke Position zu sichern.

Voraussichtlich ab Mitte 2012 wird die Wilhelmshavener Arbeitsagentur mit der Agentur in Oldenburg zusammengelegt. Wilhelmshaven wird zwar als Agentur-Standort erhalten bleiben. Allerdings wird Oldenburg als Standort der Regionalagentur künftig die wesentlichen Richtlinien für Wilhelmshaven vorgeben.

Halbherzige Regelung für Jugendwerkstätten

Mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP hat der Bundestag das

Gesetz zur Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente verabschiedet. Nach Interventionen von Opposition und Sozialverbänden konnten die zunächst vorgesehenen Kürzungen bei den Jugendwerkstätten zwar abgewendet werden. Die nun gefundene Regelung halte ich dennoch für halbherzig.

Es wäre besser gewesen, wenn die Koalition das gut funktionierende System der gut 150 Jugendwerkstätten in Niedersachsen so gelassen hätte, wie es ist. Künftig werden sich die Werkstätten aufwendig zertifizieren müssen, um Fördergelder zu bekommen. Und das, obwohl die meisten Werkstätten längst als Einrichtungen der Jugendhilfe anerkannt sind. Für falsch halte ich auch das neu beschlossene Bewerbungsverfahren. Die Jugendwerkstätten werden sich in Zukunft um jede einzelne Fördermaßnahme bewerben müssen. Das schafft vor allem unnötig viel Bürokratie und bindet Arbeitskräfte, die man besser für die Qualifizierung der Jugendlichen einsetzen könnte.

Bericht aus Berlin
Herausgegeben von MdB Karin Evers-Meyer
Kontakt:
Sebastian Franke Tel.: 030/227-77785
Platz der Republik 1 Fax: 030/227-76785
11011 Berlin www.evers-meyer.de